

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d



## Inhalt

35. Jahrgang / 188

1. Oktober 1980

Dr. Hans-Jochen Vogel MdB  
zum Blutbad auf dem Münch-  
ner Oktoberfest: Die Spur  
führt nach rechts.  
Seite 1/2

Heinz Rapp MdB fordert,  
den IWF nicht zu Überfrach-  
ten: Entwicklungspolitik  
braucht ihre eigenen Wege.  
Seite 3

Lothar Schwartz stellt  
fest, das Bayerns Innenni-  
nister Tandler bedenkenlos  
verharmlost: Auf dem rech-  
ten Auge blind.  
Seite 4/5

Annemarie Renger MdB wür-  
digt Dr. Erhardt Eckert zum  
70. Geburtstag.  
Seite 6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

Die Spur führt nach rechts

-----  
Zum Blutbad auf dem Münchner Oktoberfest

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB  
Mitglied des SPD-Präsidiums

Dem Münchner Anschlag sind bis heute zwölf Menschen zum Opfer gefallen; 213 Menschen wurden verletzt. Damit ist der Münchner Anschlag der folgenschwerste seit Gründung der Bundesrepublik. Und auch sonst muß man weit in der Geschichte zurückgehen, um auf ein vergleichbares Ereignis zu stoßen. Gewiß: Unglücke, Katastrophen haben mit einem einzigen Schlag mehr Menschenleben gefordert. Aber ein so blutiges Verbrechen hat die Bundesrepublik bisher nicht erlebt. Wer - wie ich - den Schauplatz der Wahnsinnstat noch in der Nacht gesehen hat, wird den Anblick nie mehr vergessen: Die verstümmelten Leichen, die Verletzten, das verströmte Blut - und all dies vor der Kulisse eines Volksfestes.

Die Spur dieses Verbrechens führt nach rechts. Noch ist unklar, ob der mutmaßliche Täter Helfer hatte. Es steht jedoch fest, daß er zur Wehrsportgruppe Hoffmann Kontakte unterhielt, daß er an einer sogenannten Wehrübung der Gruppe teilgenommen hat und daß er mit neonazistischem Gedankengut vertraut war. Er wußte, daß andere Rechtsextremisten in den letzten Monaten in immer kürzeren Abständen Sprengstoffanschläge unternommen hatten.

Jeder normal Denkende wird auf ein derartiges Ereignis und auch auf seinen mutmaßlichen Hintergrund zunächst mit Betroffenheit, mit Entsetzen und mit Trauer, dann aber mit der Frage reagieren: Wie kann solchen Anschlägen für die Zukunft begegnet werden? Wie können wir der Entwürdigung von Menschen entgegenwirken, die von Fanatikern zu Objekten erniedrigt werden, zu austauschbaren Instrumenten, die man benützt wie leblose Werkzeuge, um ein irrwitziges Ziel zu erreichen? Die Antwort setzt Nachdenken voraus, sicher auch ernsthafte und kontroverse Diskussion. Auch die Frage nach eigenen Versäumnissen.



Mit haßerfüllten Schuldzuweisungen ist sie nicht zu finden. Es verschlägt einem fast den Atem, wenn man miterlebt hat, welche Antwort Herr Strauß zu einem Zeitpunkt gab, als die Toten noch nicht begraben, die Blutspuren noch nicht getilgt waren. Stärker konnte er sich nicht decouvrieren, stärker nicht alle die bestätigen, die vor ihm wegen seiner Zügellosigkeit warnen. Ob Herr Strauß jemals einen Gedanken auf das berühmte Heinemann-Wort verschwendet hat, daß drei Finger der ausgestreckten Hand auf den zurückdeuten, der anklagend und beschuldigend auf andere zeigt? Ich fürchte nein. Und es entschuldigt ihn auch nicht, daß er mit seiner maßlosen Aggressivität offenbar seine früheren Fehleinschätzungen vergessen machen will. Die Sozialdemokraten waren gut beraten, Herrn Strauß nicht auf das von ihm gewählte Terrain zu folgen. Jeder Versuch, auch nur mit ähnlicher Münze heimzuzahlen, hätte lediglich den Prozeß der Selbstentblößung des Herrn Strauß beeinträchtigt.

Aber was sollten wir bedenken?

Zunächst: Wir haben uns keine Unterschätzung der Gefahr von rechts vorzuwerfen. Willy Brandt und Herbert Wehner haben als erste gewarnt, andere sind ihnen gefolgt. Auch die Sicherheitsbehörden haben die Gefahren erkannt und sind - anders als in Weimar - nicht mehr auf dem rechten Auge blind. Anfängliche Sehstörungen sind weitgehend behoben.

Dann: der undifferenzierte Ruf nach neuen Gesetzen ist auch in diesem Zusammenhang verfehlt. Einzelne Ergänzungen zur besseren Bekämpfung neonazistischer Propaganda hat die SPD-Bundestagsfraktion schon in Aussicht genommen. Sie sollten zu Beginn der neuen Legislaturperiode verwirklicht werden, damit insbesondere der Verharmlosung der Nazi-verbrechen ein Ende gemacht werden kann.

Schließlich: Wir müssen uns noch intensiver mit den Ursachen auseinandersetzen und uns um die Weitergabe der eigenen geschichtlichen Erfahrungen an die jüngere Generation bemühen. Der Schock, den "Holocaust" ausgelöst hat, ist schon wieder abgeklungen, die Verjährungsdebatte des Jahres 1979 schon wieder halb vergessen. Das alles reicht übrigens tiefer als mancher meinen mag. Das reicht bis hin zur Frage unserer Wertmaßstäbe für die Beurteilung von Erfolg und Mißerfolg des einzelnen und der Gemeinschaft, bis hin zur Frage nach dem Sinn unseres Daseins und der Art des Umgangs miteinander. Dahin gehört dann auch die Frage, ob das Oktoberfest wirklich zwölf Stunden nach dem furchtbaren Geschehen fortgesetzt werden mußte als ob nichts geschehen wäre. Für viele, vor allem für viele junge Menschen, hat hier trotz aller Erklärungen der Kommerz über die Menschlichkeit gesiegt.

Das alles müssen wir leidenschaftlich und zugleich besonnen voranbringen. Ohne Schaum vor dem Mund und auch ohne den Anflug von Selbstmitleid, zu dem wir Deutschen gelegentlich neigen. Vergessen wir nicht: Anderen Völkern - selbst in Europa - werden auch auf diesem Gebiet härtere Prüfungen zugemutet. (-/1.10.1980/ks/oa)

+ + +



Den IWF nicht Überfrachten!

Entwicklungspolitik braucht ihre eigenen Wege

Von Heinz Rapp MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Weltwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion

Wer die von Bundesfinanzminister Hans Matthöfer bei der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds in Washington vertretene Position und die dort zwischen den westlichen Industriestaaten und den Entwicklungsländern ausgetragenen Kontroversen auf den Nenner "hier weltfremde reine Lehre - dort praktische Vernunft" oder in das Denkraster "Verteidigung der Privilegien des reichen Westens gegen berechnete Forderungen des armen Südens" bringen wollte, käme an den Kern des Problems nicht heran; muß eine griffige Formel her, so empfehle ich, den Unterschied zwischen "gutgemeint" und "gutgemacht" herauszuarbeiten. Gewiß sind alle Forderungen, die darauf hinausliefen, aus dem Internationalen Währungsfonds eine Entwicklungsbank zu machen, "gutgemeint"; setzten sie sich durch, wäre das Ergebnis jedoch "schlechtgemacht". Man kann da aus den nationalen Entsprechungen Lehren ziehen: In allen Staaten, in denen nach der geltenden Geldverfassung der Finanzminister das ihm (notorisch) fehlende Geld letztlich bei der Notenbank abholen kann, sind die Menschen nicht reicher, sondern logischerweise ärmer als bei uns. Entwicklungspolitik ist eine andere Schiene, sie muß primär wo anders und mit anderen Mitteln geleistet werden; der Versuch, sie ins Währungssystem und institutionell in den internationalen Währungsfonds hereinzuholen, ist freilich ganz wesentlich, nichts anderes als der Reflex auf die Tatsache, daß der Ressourcentransfer von Nord nach Süd auf den dafür vorgesehenen Schienen ungenügend geblieben ist.

Das Ergebnis der Jahrestagung - das verabschiedete Kommuniqué - ist von dem doppelten Bemühen geprägt,

- einerseits die Flexibilität der Kreditgewährung des Fonds zu erhöhen und den Fonds stärker in das Recycling der Petro-Dollars einzubeziehen,
- andererseits und im ganzen jedoch den IWF als die Weltwährungsinstanz intakt zu halten (das Verbindungsstück zum ersteren Bemühen ist die Aufrechterhaltung der Konditionalität der Kredite) und ihn nicht mit entwicklungspolitischen Aufgaben zu überfrachten, was ihn zur Wahrung der Verantwortung für die monetäre Disziplin untauglich machen müßte.

Ich möchte der Erwartung Ausdruck geben, daß die Bundesregierung alsbald nach Zusammentritt des neuen Bundestages die zuständigen Ausschüsse über die Ergebnisse der Jahrestagung informiert und mit den Abgeordneten in einen intensiven Dialog der Gesamthematik eintritt.

(-/1.10.1980/ks/ca)

Vertünfelter Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



Auf dem rechten Auge blind  
-----

Tandler verharmlost bedenkenlos

Von Lothar Schwartz  
Sprecher des SPD-Vorstandes

Die Desinformationspolitik der Bayerischen Staatsregierung und die hektischen Ablenkungsmanöver des Ministerpräsidenten und seines Innenministers Tandler in Sachen "Wehrsportgruppe Hoffmann" sind verräterisch: Da werden plötzlich "Erkenntnisse" über Kontakte dieser rechtsextremistischen Organisation nach Libyen und in die DDR lanciert und da wird Generalbundesanwalt Rebmann in unqualifizierter Weise attackiert. Es werden - wie gestern aus der bayerischen Staatskanzlei - Verlautbarungen in die Welt gesetzt, die von der Qualität einer kurzlebigen Zeitungsante sind. Beispiel im Originalton des bayerischen Regierungssprechers: "Strauß hat die Gefahr des Terrorismus, gleich welcher Couleur, niemals verniedlicht."

Dagegen Originalton Strauß in einem Interview, das er im März 1980 - also zwei Monate nach dem Verbot der "Wehrsportgruppe Hoffmann" durch Bundesinnenminister Baum - dem französischen Journalisten Bernhard Völker für dessen im Juli 1980 erschienenes Buch "Une certaine idée de allemagne" gegeben hat:

"Heutzutage gibt es (in der Bundesrepublik Deutschland) keine Gefahr mehr von Rechts, weder im Augenblick, noch in der nahen Zukunft. Vielleicht haben Sie die Aktion verfolgt, die gegen die 'Wehrsportgruppe Hoffmann' unternommen worden ist... Die Behörden haben diese Maßnahme ergriffen, deswegen, weil man sich gesagt hat: 'Man muß diese Idioten unschädlich machen, man muß es ihnen unmöglich machen, Schaden anzurichten.'... Man hat diese Leute als große Gefahr hingestellt. Ich habe gesehen, wie der Bundesinnenminister auf die Tribüne stieg, wie Cicero, als er die Verschwörung des Catilina entdeckte ... Man muß den Staat retten, das hat der Innenminister Baum gesagt... Wenn niemand von diesem Verrückten (Hoffmann) spräche, man würde seine Existenz überhaupt nicht bemerken ... Mein Gott, wenn jemand Spaß daran hat, am Sonntag mit einem Rucksack und in Kampfanzug mit Koppelschloß durchs Gelände zu spazieren, soll man ihn in Ruhe lassen ... Hoffmann hat sich nichts zuschulden kommen lassen. Ich bin vielleicht verrückt, aber ich verstehe das nicht .... Sie starten ihre Aktion



und finden nichts, das auch nur eine einzige Verhaftung zuließe... Bei den Links-intellektuellen gibt es Leute wie Jens, das ist ein Verrückter." (aus dem Französischen übersetzt).

Nach jahrelanger konsequenter Verharmlosung der neonazistischen paramilitärischen "Wehrsportgruppe Hoffmann", an deren Mitschuld an der Wahnsinnstat von München auch von der bayerischen Landesregierung und der sie tragenden CSU nicht gedeutelt werden kann, konnten auch zwei Todesopfer des rechtsextremistischen Terrors in einem Asylantenheim in Hamburg Ende August 1980 den bayerischen Innenminister und ehemaligen CSU-Generalsekretär Tandler nicht davon abbringen, den Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland weiterhin zu bagatellisieren.

Am 4. September - also 22 Tage vor dem schrecklichen Bombenanschlag von München - lieferte Herr Tandler in einem Interview des Deutschlandfunks den Beweis, wie sehr er auf dem rechten Auge politisch blind ist. Auf die Frage: "Werden Sie auf dieser (am gleichen Tag in Bonn beginnenden) Innenministerkonferenz darauf drängen, daß man gegen den Rechtsextremismus stärker vorgeht?" gab Tandler die Antwort: "Man soll nicht ein Schattenreich aufbauen, eine Schattengefahr aufbauen über das hinaus, was existiert. Die große Gefahr kommt vom Linksextremismus..."

Schon damals wurde - angesichts zweier Mordopfer in Hamburg - wie jetzt - angesichts von dreizehn Toten und über 200 Verletzten des Attentats von München - in beklemmender Weise deutlich, wie bedenkenlos der CSU-Mann Tandler seine Verantwortung als Innenminister eines Bundeslandes der Wahlkampfstrategie seiner Partei unterordnet.

(-/1.10.1980/ks/ca)

+ + +



Im Dienst der Partei  
-----

Hardi Eckert zum 70. Geburtstag

Von Annemarie Renger MdB

Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Daß die Zeitungslandschaft in der Bundesrepublik Deutschland für die Sozialdemokraten nicht eben günstig ist, erleben wir aufs Neue in diesen Tagen. Besonders in der regionalen Presse gibt es schmerzliche Defizite, die es verdient haben, in das Bewußtsein einer breiten Öffentlichkeit zu gelangen. Es erscheint mir paradox, daß sich im Journalismus, der doch von Berufs wegen aufgeschlossen sein mußte, die in der gesellschaftlichen Wirklichkeit längst überholte Trennung von "Bürgerlich" und "Nichtbürgerlich" sehr hartnäckig hält. Das mag ein Überbleibsel davon sein, daß es eine breite sozialdemokratische Presse gegeben hat, die leider sehr zusammengeschrumpft ist.

In einer solchen Situation kommt dem Sozialdemokratischen Pressedienst eine wichtige Bedeutung zu, weil er ein Transmissionsriemen sozialdemokratischer Vorstellungen in die Medien ist.

Dr. Erhardt Eckert, uns allen vertraut als Hardi Eckert, hat das Verdienst, nach dem Zweiten Weltkrieg den "Sozialdemokratischen" und den "Parlamentarisch-Politischen Pressedienst" mit aufgebaut und zuletzt als Chefredakteur geprägt zu haben. Dies ist oft genug eine schwierige Gratwanderung zwischen den Ansprüchen der Partei, die sich gerne lupenrein wiedergegeben sieht, und den Bedürfnissen der Medien. Hardi Eckert hat sich darauf verstanden.

Hardi Eckert feiert heute seinen 70. Geburtstag. Die Sozialdemokraten, unter denen er viele persönliche Freunde hat, beglückwünschen ihn dazu herzlich.

(-/1.10.1980/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

